

EWG und EURATOM	71
Zweite Berlinkrise und Planspiele im Kanzleramt	74
Elysée-Vertrag mit Frankreich	80
6 »Gezeitenwechsel« – Anfänge einer Neuen Ostpolitik	85
Rahmenbedingungen und Zäsuren	85
Entspannungspolitische Ansätze unter Ludwig Erhard	90
Wendjahre in der Großen Koalition	96
Transatlantische Beziehungen und Westeuropapolitik	102
7 Entspannung – Westbindung plus Ostverbindungen	109
Willy Brandts Neue Ostpolitik	109
Politische und öffentliche Reaktionen	118
KSZE-Prozess und Niedergang der Entspannung	120
Neue Impulse für die europäische Integration	128
8 Zwischen außenpolitischer »Eiszeit« und dynamischem Aufbruch	135
Entkrampfung der transatlantischen Beziehungen	136
Ost- und deutschlandpolitische Kontinuitäts- bemühungen	139
Nebenaußenpolitik der SPD	145
Aktive Europapolitik als Staatsräson	149
9 Epilog	155
10 Anhang	159
Anmerkungen	159
Auswahlbibliografie	176
Register	182
Der Autor	187

1 Einleitung



Das Palais Schaumburg in Bonn war von 1949 bis 1976 erster Dienstsitz des Bundeskanzlers und damit das Machtzentrum der Bonner Republik.

Die heutige Berliner Republik steht, knapp 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, für eine gelungene Demokratie in Deutschland. Diese positive Gegenwart hat allerdings eine Vorgeschichte: die Bonner Republik. Während sich die westdeutsche Nachkriegsdemokratie nach 1949 unter den Bedingungen des Kalten Krieges im Innern konsolidierte, trug die auswärtige Politik der Bundesrepublik dazu bei, dass das Ausland nach den Verbrechen des Nationalsozialismus wieder Vertrauen in die international geächteten Deutschen fasste. Konrad Adenauers erfolgreiche Politik der Westintegration, aber auch die mit Willy Brandt assoziierte Neue Ostpolitik, die nach 1969 die Weichen für eine substantielle Verständigung mit den osteuropäischen Staaten stellte, bildeten wichtige außenpolitische Meilensteine in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Vor diesem Hintergrund bietet der vorliegende Band auf der Basis der aktuellen Forschung einen kompakten Überblick über die auswärtige Politik der Bonner Republik. Er wendet sich an Studierende der Geschichtswissenschaft ebenso wie an allgemein historisch Interessierte. Das Buch fasst die Grundprobleme der westdeutschen Außenpolitik zusammen und versucht diese zu bilanzieren. Dabei gilt es, die herausragenden außenpolitischen Stationen unter den Gesichtspunkten von »Integration und Souveränität« (Klaus Hildebrand) sowie unter den Aspekten von »Westbindung plus Ostverbindungen« (Werner Link) mit Blick auf den Weg Westdeutschlands in die 1990 vollzogene Wiedervereinigung darzustellen. Zugunsten dieser Deutschland und die deutsche Frage existentiell betreffenden Entwicklungen müssen andere außenpolitische Bereiche – etwa die westdeutsche Nahost- oder Afrika-Politik – weitgehend unberücksichtigt bleiben.

Das Buch konzentriert sich zunächst auf die Jahre, in denen sich die westdeutsche Außenpolitik herausbildete. Es beleuchtet die Ära Konrad Adenauers, als der erste deutsche Bundeskanzler mit oberster Priorität eine erfolgreiche Politik der Westintegration betrieb. Deutschland- und ostpolitisch steht diese Phase bundesdeutscher Außenpolitik dagegen für Stagnation. Erst nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 setzte ein Umdenkprozess ein. In diesem Zusammenhang wird erläutert, wie seit 1963 die christlich-liberale Regierung unter Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard und dem Vizekanzler und gesamtdeutschen Minister Erich Mende sowie dem Außenminister Gerhard Schröder mit ersten greifbaren Veränderungen aufwarten konnte. Zwar gelang es aufgrund der inneren wie äußeren Umstände zum damaligen Zeitpunkt noch nicht, die neuen außen- und deutschlandpolitischen Wegmarken voll zur Geltung zu bringen. Gleichwohl wirkten ihre Ansätze bewusstseinsbildend. Sie ebneten langfristig die Bahn für eine grundlegende ostpolitische Umorientierung, die ab 1969 in der Neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel

vollends zum Tragen kam. An diese Traditionslinie sollten alle Nachfolgeregierungen, gleich welcher Couleur, bis zur Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90 anknüpfen. Ein wichtiger Aspekt war dabei die Einbettung der deutschen Politik in den europäischen Rahmen, die in den 1970er und 1980er Jahren mit den Bemühungen um eine Lösung der deutschen Frage einherging und hier im letzten Teil der Darstellung abgehandelt wird.

Die Geschichte von Außenpolitik lässt sich aus verschiedenen Perspektiven beschreiben. Darüber wird seit gut einem Jahrzehnt eine akademische Debatte geführt, die bestrebt ist, die klassische Diplomatiegeschichte um neue methodische Zugänge und Themen zu bereichern. In diesem Sinne hat sich eine historische Teildisziplin herauskristallisiert, die Außenpolitikforschung – in einem erweiterten Verständnis – unter dem Gesichtspunkt der Geschichte der Internationalen Beziehungen untersucht.¹ Außenpolitisches Agieren zeichnet sich durch Facettenreichtum aus. Zu den nachhaltigen Antriebskräften gehören – neben der jeweiligen internationalen Konstellation – die Innenpolitik, Wirtschaft, Gesellschaft und politische Kultur.² Zudem stellt sich die Frage der Perzeption, bei der es darum geht, wie der jeweils Andere, das Fremde, wahrgenommen wird und welche Wirkung dies für die Handlungsweisen der außenpolitisch Verantwortlichen besitzt.

Für den vorliegenden Band wurde eine im Regierungssystem verankerte, akteurszentrierte Betrachtungsweise gewählt, weil die bahnbrechenden außen-, ost- und deutschlandpolitischen Entwicklungen in der Bonner Republik gemeinhin von politischen Entscheidungsträgern geprägt waren: etwa durch die Bundeskanzler Konrad Adenauer, Willy Brandt oder Helmut Kohl, aber auch durch eine Reihe wichtiger Minister und nachgeordneter Ministerialbeamter, wie den Außenminister Gerhard Schröder sowie die Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Erich Mende und Herbert Wehner. Auch für diese Personen waren die außenpolitischen Handlungsspielräume nicht frei von innenpolitischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kultu-

rellen Einflüssen und Sachzwängen. Doch so interessant und wichtig diese Aspekte auch sein mögen: Im Rahmen der vorliegenden Publikation und des knapp bemessenen Raumes, der durch das Konzept der Reihe »Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert« vorgegeben ist, besitzen sie lediglich einen flankierenden Charakter, um die großen Linien der bundesdeutschen Außenpolitik zwischen 1949 und 1989/90 besser verstehen zu können.

Mein Dank gebührt Anja Iven, Sabine Grabowski und Jutta Unser für die konstruktive Kritik und Hilfe, mit der sie die Entstehung des Bandes begleitet haben. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Bonn/Potsdam, im November 2009
Stefan Kreuzberger

2 Deutschland 1990 – Ende eines Sonderwegs



Nicht zuletzt das Verhandlungsgeschick Hans-Dietrich Genschers sicherte 1990 das Gelingen der 2+4-Verhandlungen, die den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands ebneten.

Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages

Das Ende der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war keineswegs unspektakulär und entbehrte in den unmittelbaren Stunden vor ihrem Abschluss nicht einer besonderen Dramatik. Denn völlig unerwartet für seinen westdeutschen Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher formulierte der britische Außenminister Douglas Hurd im Namen der Regierung Ihrer Majestät sicherheitspolitische Bedenken. Er drohte, die für den 12. September 1990 in Moskau vorgesehene Unterzeichnung des »Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«, der die äußeren Aspekte der deutschen Wiedervereinigung regeln sollte, im allerletzten Moment zu blockieren – und damit das ganze Vorhaben, die Überwindung der deutschen Teilung, scheitern zu lassen. Der Punkt, an dem der britische Chefdiplomat Anstoß nahm, besaß im Grunde nachrangige Bedeutung.